

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

23.6.1932 (No. 144)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher Zeitung
Städtische Str. 14
Bismarckstr.
Nr. 855
und 854
Postfach
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Angabe der Zeitdauer, der Reihenfolge, der Spaltenbreite, der Spaltenhöhe und der Reihenfolge der Spalten anzugeben. Die Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Angabe der Zeitdauer, der Reihenfolge, der Spaltenbreite, der Spaltenhöhe und der Reihenfolge der Spalten anzugeben. Die Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Angabe der Zeitdauer, der Reihenfolge, der Spaltenbreite, der Spaltenhöhe und der Reihenfolge der Spalten anzugeben.

Wahlvorschläge zur Reichstagswahl

Eine besondere amtliche Aufforderung zur Einreichung von Kreis- und Reichswahlvorschlägen sowie zur Abgabe von Verbindungs- und Anschlussklärungen ist nicht vorgeschrieben und auch nicht zu erwarten.

Die Kreiswahlvorschläge für die am 31. Juli 1932 stattfindende Neuwahl des Reichstags müssen spätestens am 17. Tage vor dem Wahltag (also spätestens am 14. Juli 1932) bei dem Kreiswahlleiter des 32. Wahlkreises Baden (Anschrift: Kreiswahlleiter des 32. Reichstagswahlkreises im Ministerium des Innern in Karlsruhe) eingereicht sein.

Die Reichswahlvorschläge spätestens am 14. Tage vor dem Wahltag (also spätestens am 17. Juli 1932) bei dem Reichswahlleiter in Berlin W 15, Kurfürstendamm 193/194.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber der Reihe nach mit Zu- und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf, ihr Wohnort und ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Außerdem soll in den Wahlvorschlägen die Partei der Bewerber angegeben werden. Der Wahlvorschlag muß einen Vertrauensmann und einen Stellvertreter bezeichnen, die bevollmächtigt sind, dem Kreiswahlleiter und dem Kreiswahlausschuß des Wahlkreises, bei Reichswahlvorschlägen dem Reichswahlleiter und dem Reichswahlausschuß Erklärungen abzugeben. Fehlt diese Bezeichnung, so wird der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

Die Reichswahlvorschläge müssen von mindestens 500 Wählern des Wahlkreises unterzeichnet sein. An Stelle von 500 Wählern genügen 20, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Wahlvorschlags oder eines anderen sind, mit dem sich der Wahlvorschlag verbinden, oder sich dem gleichen Reichswahlvorschlag anschließen will. Für die Parteien, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten waren, kann unterstellt werden, daß ein von ihnen in einem Wahlkreis eingereichter Wahlvorschlag die Unterstützung von 500 Wählern findet, vorausgesetzt, daß kein Anlaß vorliegt, an der Zugehörigkeit der Einreicher eines Wahlvorschlags zu derjenigen Parteiorganisation zu zweifeln, die im letzten Reichstag durch Abgeordnete vertreten war. Bei solchen Wahlvorschlägen genügt die Unterzeichnung durch 20 Wähler. Das gleiche gilt, wenn die Unterzeichner eines Reichswahlvorschlags erklären, daß ihr Wahlvorschlag dem Reichswahlvorschlag einer bisher schon im Reichstag vertretenen Partei angeschlossen wird.

Die Reichswahlvorschläge müssen von mindestens 20 Wählern beliebiger Wahlkreise unterzeichnet sein.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen auch Beruf, Stand, Wohnort und Wohnung beifügen. Ihre Unterschriften müssen leserlich sein. Mit dem Wahlvorschlag sind einzureichen:

1. Die Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme ihres Namens in den Wahlvorschlag zustimmen.
2. Die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Bewerber am Wahltag:
a) das 25. Lebensjahr vollendet haben,
b) seit mindestens einem Jahr Reichsangehörige und
c) vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind.
3. Die Bescheinigung der Gemeindebehörde, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlags in die Stimmliste oder Stimmkarte eingetragen oder mit einem Stimmschein versehen worden sind.

Die Bescheinigungen sind gebührenfrei auszustellen.

Zur Vermeidung von Rückfragen und Anständen wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Bescheinigung der Gemeindebehörde nach Ziffer 2 den Stempel der Gemeinde tragen muß. Ein Stempel des Wahlamts oder einer sonstigen mit den Wahlarbeiten beauftragten Stelle der Gemeindeverwaltung genügt für diese Bescheinigung nicht.

Innerhalb des XVI. Wahlkreisverbandes Württemberg-Baden können mehrere Reichswahlvorschläge verbunden werden. Die Verbindung ist nur dann wirksam, wenn diese Vorschläge demselben oder keinem Reichswahlvorschlag angeschlossen werden.

Die Verbindung von Reichswahlvorschlägen muß von den auf diesen Vorschlägen bezeichneten Vertrauensleuten oder ihren Stellvertretern übereinstimmend spätestens am 12. Tag vor dem Wahltag (d. i. spätestens am 19. Juli 1932) bei dem Reichswahlleiter für den XVI. Wahlkreisverband Württemberg-Baden im württembergischen Ministerium des Innern in Stuttgart schriftlich erklärt werden (Verbindungserklärung).

Für einen Reichswahlvorschlag kann der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter erklären, daß die Bestimmungen des Reichswahlvorschlags einem Reichswahlvorschlag zuzurechnen sind (Anschlussklärung). Die Anschlussklärung muß von dem Vertrauensmann des Reichswahlvorschlags oder seinem Stellvertreter spätestens am 8. Tage vor dem Wahltag (d. i. spätestens am 23. Juli 1932) bei dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises eingereicht sein. Wird eine Anschlussklärung nicht abgegeben, so werden die auf einen Reichswahlvorschlag entfallenden Stimmen nicht berücksichtigt.

Die Fristen für die Einreichung von Wahlvorschlägen, Verbindungs- und Anschlussklärungen sind Anschließfristen. Wahlvorschläge oder Verbindungen, die zu spät eingereicht oder erklärt sind, können daher nicht zugelassen werden.

Wegen der Abgabe telegraphischer Erklärungen wird auf § 20 des Reichswahlgesetzes verwiesen.

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt und den Gemeinden zur Weitergabe an die Abstimmungsleiter über-

Letzte Nachrichten

Die Lausanner Konferenz

Ein englischer Kompromißvorschlag?

WZ. Lausanne, 23. Juni. (Tel.) Wie aus Kreisen der englischen Delegation verlautet, soll das englische Memorandum zur Reparationsfrage u. a. folgende Ansicht enthalten:

Großbritannien wünsche nach wie vor eine endgültige Regelung der Reparationsfrage, um das Vertrauen der Weltöffentlichkeit wieder herzustellen und um so der Weltwirtschaft einen neuen Antrieb zu geben. Ferner soll in dem Memorandum festgelegt werden, daß Deutschland augenblicklich nicht in der Lage sei, zu zahlen. Das Memorandum lasse die Frage einer späteren Zahlungsfähigkeit Deutschlands offen, wünscht aber, daß die jetzige Lösung der Frage derart sei, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands nicht gehemmt werde. Großbritannien sei absolut dagegen, Deutschland jetzt derartig zu überlasten, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht erholen könnte.

Die Vorschläge Englands sehen aus, als ob sie die Grundlage eines Kompromisses zwischen der deutschen und der französischen Auffassung bilden sollen. In diesem Sinne ist auch die Erwähnung einer späteren Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu verstehen. (!)

Das Prozeßprogramm des Reichsernährungsministers

Eine Rede in Dresden

WZ. Dresden, 23. Juni. (Tel.) Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, sprach beim Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstag in Dresden.

Zur Sicherung einer angemessenen Preisgestaltung für Getreide sagte der Minister: Um einen günstigen Start des neuen Geschäftsjahres zu ermöglichen, sind Maßnahmen getroffen, die die Verwendung von ausländischem Vorratgetreide auf das geringste Maß beschränken. Aus diesem Grunde wird von einer Verlängerung des bis zum 30. Juni laufenden Zollbegünstigten Weizenkontingents abgesehen. Zur Entlastung der Märkte von der Warenseite her werde ich das Austausch-Exportverfahren für Weizen und Roggen in den nächsten Tagen in Kraft setzen. Der Vermarktungszwang für Inlandsweizen wird scharf gehandhabt werden. Unerlässlich erscheint mir auch die Verbindung einer übermäßigen Futtergetreideinfuhr, ferner sollen in großem Umfang Möglichkeiten der Vorratshaltung oder der Verteilung geschaffen werden. Hierbei bin ich vor allem bemüht, die Einlagerung von Getreide möglichst billig zu gestalten.

Ich bin mir aber auch völlig darüber im klaren, daß nicht die Getreidepreise für die Rentabilität der Landwirtschaft entscheidend sind, sondern die Preise für die Erzeugnisse der Viehwirtschaft und der übrigen Zweige der bäuerlichen Betriebswirtschaft. Angesichts unserer Viehbestände brauchen wir in unserer Fleischversorgung in keiner Weise mehr vom Auslande abhängig zu sein. Die bestehenden Vertragszölle für Rindfleisch, die niedrigen Zölle insbesondere für Speck und Schmalz, verhindern aber eine für die Landwirtschaft erträgliche Preisbildung, weshalb sie baldmöglichst durch solche ersetzt werden, die uns in ausreichendem Maße vom Weltmarkt unabhängig machen.

Noch unmittelbarer wie bei Vieh ist der Einfluß des Weltmarktes bei der Preisgestaltung für Milch und Molkeerzeugnisse. Der Preis der Butter richtet sich nach dem Preis, den die europäischen Anfuhrländer in Konkurrenz mit Übersee auf dem größten Absatzmarkt der Welt, England, erzielen. Ziel muß daher sein, aus diesen Verflechtungen, die nicht nur für Butter, sondern in gleicher Weise auch für Käse gelten, freizukommen. Von heute auf morgen kann dies nicht geschehen. In der Zwischenzeit muß alles daran gesetzt werden, den Beweis zu erbringen, daß wir uns auch auf diesem Gebiete in der Hauptsache selbst versorgen können.

Die Verhältnisse auch in der übrigen Veredelungswirtschaft, insbesondere in Gemüse, Obst- und Weinbau, sind ebenfalls durch ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt bedingt. Eine wirksame Hilfe kann der Veredelungswirtschaft nur dadurch werden, daß grundsätzlich andere Wege in der Wirtschaftspolitik eingeschlagen werden.

Deutscher Kriegsschiffbesuch in Danzig. Die deutschen Kriegsschiffe sind auf der See eingetroffen und werden heute nachmittags in den Hafen einlaufen.

wiesen. Der Stimmzettel wird als Einheitsstimmzettel gefertigt und enthält alle zugelassenen Reichswahlvorschläge unter Angabe der Partei und Hinzufügung der Namen je der ersten 4 Bewerber. Für die Reihenfolge der Reichswahlvorschläge auf dem Stimmzettel gelten folgende Grundregeln:

Reichswahlvorschläge, die einem Reichswahlvorschlag angeschlossen sind, erhalten die Nummer dieses Reichswahlvorschlags. Die anderen Reichswahlvorschläge erhalten die an die höchste Nummer der Reichswahlvorschläge anschließenden Nummern in der Reihenfolge, wie sie beim Kreiswahlleiter eingehen.

Die Abstimmung erfolgt in der Weise, daß der Wähler auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise den Reichswahlvorschlag kennzeichnet, dem er seine Stimme geben will.

* Hoovers Abrüstungs- vorschlag und Frankreich

Die politische Bedeutung der Friedensverträge wird nur derjenige richtig begreifen, der sie vor allem als das Werk französischer Staatskunst betrachtet, also einer auf die Beherrschung Europas hinzielenden Staatskunst. Die ganze Fiktion der Friedensverträge dient offen oder latent diesem einen Zweck. Deutschland wirtschaftlich durch die Last der Reparationen zu Boden gedrückt und durch die Entwaffnungsbestimmungen militärisch zur Ohnmacht verurteilt, umgeben von einem Kranz von Staaten, die in der Hauptsache auf das Pariser Kommando hören und jederzeit bereit sind, das Schwert zu ziehen, um Deutschland, den einzigen Rivalen, den Frankreich auf dem Kontinent zu fürchten hätte, niederzuringeln! Das ist der Sinn der Friedensverträge.

Und dieses Werk gilt es für Frankreich zu verteidigen. Wenn gestern der französische Kriegsminister, der frühere Sozialist Paul-Boncour, auf der Abrüstungskonferenz erklärte, daß „ohne Sicherheitsgarantie eine Lösung der Abrüstungsfrage undenkbar sei“, dann ist auch diesmal wieder unter dem Worte „Sicherheitsgarantie“ ein ganz bestimmtes System besonderer internationaler Abmachungen zu verstehen, die alle dazu dienen sollen, die französische Kontinentalhegemonie auch dann zu „sichern“, wenn Frankreich sich nicht mehr den Luxus der stärksten Rüstung der Welt leisten darf. Praktisch würden solche „Sicherheitsgarantien“ nichts anderes bedeuten können, als: Aufrechterhaltung der Entwaffnungsbestimmungen der Friedensverträge und Unantastbarkeit auch aller sonstigen Vertragsparagrafen, also auch derer, die sich auf die territorialen Veränderungen im Osten beziehen.

Es ist durchaus möglich, daß man in Frankreich bereits eingesehen hat, daß Deutschland Reparationszahlungen nicht mehr leisten kann und nicht mehr leisten wird, und daß unter allen Umständen eine tiefgreifende qualitative und quantitative Beschränkung der Rüstungen stattfinden muß. Aber nach außen hin tut man so, als ob man diese Einsicht noch nicht erworben hätte, tut man so, als ob der bisherige Zustand höchstens in nebensächlichen Punkten etwas modifiziert werden dürfte. Und man betreibt eine solche Politik aus Gründen des Handels, eben, um die schließlich doch nicht mehr zu umgehenden Konzessionen gegen die sogenannten „Sicherheitsgarantien“ einzutauschen.

So hat gestern der französische Kriegsminister die Abrüstungsbotschaft Hoovers, die eine Herabsetzung sämtlicher Rüstungen um ein Drittel vorsieht und die Abrüstungskonferenz zu einer raschen Entscheidung zwingen will, wohl als Verhandlungsgrundlage angenommen, aber unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß zugleich die sogenannte „Sicherheitsfrage“ gelöst werde. Wie Paul-Boncour selber zum Schluß seiner Rede betonte, würde auch die Einfügung von Sanktionsbestimmungen in den Kellogg-Pakt zu solchen „Sicherheitsgarantien“ gehören.

Von den übrigen Mächten haben Deutschland und Italien den Abrüstungsvorschlag Hoovers ohne weiteres akzeptiert, Deutschland natürlich mit dem Hinzufügen, daß in unbedingter Anerkennung des Prinzips der Gleichberechtigung dann auch uns eine Rüstung gestattet werden muß, die dem nach Durchführung des Hoover'schen Vorschlags sich ergebenden Schema entspricht. Es war nicht Sache des amerikanischen Präsidenten, diese Forderung Deutschlands anzumelden. Das war Sache unserer eigenen Politik. Die Forderung ist bereits in aller Form erhoben worden, und wir werden bei ihr beharren.

Wenn die Abrüstungskonferenz darf nicht geschlossen werden mit der Annahme eines Entwurfs, der, mag er auch die Rüstungen in der Welt herabsetzen, doch Deutschland weiterhin als eine Macht minderen Rechts behandelte, indem er uns das verwehrte, was er allen anderen gestattet. Wir können nur immer wieder betonen, daß es für uns lediglich zwei Möglichkeiten gibt: entweder Verwirklichung des im Friedensvertrag feierlich gegebenen Versprechens, die Rüstungen aller Staaten auf den Stand Deutschlands herabzusetzen, oder aber Deutschland unter Revision des Friedensvertrags eine äquivalente Aufrüstung zu gestatten, falls man in Genf nur eine Rüstungsverminderung beschließen sollte.

Der Vertreter Englands hat sich gestern im Grunde ebenfalls für den Vorschlag Hoovers ausgesprochen, wenn

er auch in einzelnen, technischen Punkten ganz bestimmte Wünsche und Kritiken äußerte. Im ganzen war also die Aufnahme der Vorschläge gestern nicht ungünstig. Ob sie so günstig zu beurteilen ist, wie das in einem Bericht des amerikanischen Botschafters Gibson geschieht, möchten wir jedoch bezweifeln.

Wenn Gibson meint, die amerikanischen Delegierten seien durch die französische Haltung sehr ermutigt worden, zumal Paul-Honcour gesagt habe, daß die Franzosen mit den Rüstungsbeschränkungen einverstanden seien, wenn nur eine einigermaßen befriedigende Sicherheit für Frankreich gefunden werde, dann ist sich der amerikanische Botschafter wahrscheinlich nicht ganz klar darüber, was man in Frankreich unter dieser „Sicherheit“ eigentlich versteht. Die Londoner Morgenpresse denkt über diese Dinge sehr viel skeptischer; ihrer Meinung nach ist die Aussicht auf Annahme des Vorschlags bei dem zu erwartenden Widerstand Frankreichs nicht sehr groß.

Inzwischen hat sich in Lausanne der Gegensatz zwischen Frankreich einerseits und den übrigen Mächten andererseits weiterhin verschärft. Ein englisches Memorandum verlangt nochmals die unverzügliche und endgültige Streichung der Reparationen mit dem größten Nachdruck. Die französische Diplomatie aber gefällt sich in der Ausarbeitung von Vorschlägen, die praktisch auf nichts anderes hinauslaufen würden, als auf eine Neubekräftigung, wenn nicht gar Verschlimmerung des Young-Plans.

Frankreichs Bedingungen für Österreich

Genève, 28. Juni. (Priv.-Tel.) „Financial News“ will wissen, daß Frankreich folgende Bedingungen für Beteiligung an einer Anleihe für Österreich gestellt habe: Verzinsung der Anleihe auf eine Kollusion mit Deutschland während 10 Jahren und Beteiligung Großbritanniens an Darlehen für Polen und andere Mitglieder der Kleinen Entente.

Kurze Nachrichten

Die nationalsozialistischen Demonstranten in München verurteilt. Von den Mitgliedern der NSDAP, die sich an den großen Straßendemonstrationen gegen den Ministerpräsidenten Dr. Heß am letzten Sonntag beteiligt hatten, sind die ersten acht dem Schnellrichter zugeführt worden. Sämtliche Angeklagten führten aus, sie seien der Auffassung gewesen, daß sie nach der erfolglosen Aufhebung des Uniformverbots zum Tragen der Parteiuniform berechtigt waren. Der Hauptführer erhielt 3 Wochen Gefängnis, die anderen Mitangeklagten je 2 Wochen Gefängnis.

Ein Aufruf Hitlers. Der „Völk. Beobachter“ veröffentlicht einen Aufruf Hitlers, in dem gesagt wird, daß nach den erfolgreichen Wahlkämpfen dennoch eine neue Welle von Unterdrückungen und Verfolgungen die NSDAP treffe. Als verantwortlicher Führer der nationalsozialistischen Bewegung müsse er es daher ablehnen, mit diesen Parteien heute irgendeinen Pakt zu schließen.

Die Zentrumspartei des Saargebietes hat eine Entschließung gefaßt, in der es gegenüber gewissen französischen Bestrebungen heißt: „Das Recht der Saarbevölkerung auf die Abstimmung ist unüberwindlich. Für uns kommt nur die unbeschränkte Rückgabe des Saargebietes in Frage. Diese Rückgabe muß unter allen Umständen spätestens 1935 erfolgen.“

Chefredakteur Dr. Düders †. Der frühere Chefredakteur der „Saarbrücker Landeszeitung“ und bisherige Leiter der „Saarbrücker Korrespondenz“ in Saarbrücken, Dr. Peter Düders, ist an den Folgen einer Blinddarmerkrankung im Alter von 60 Jahren gestorben. Dr. Düders war früher Hauptredakteur der „Rheinischen Volkswacht“ in Köln.

Badisches Landestheater

Einakter von Arthur Schnitzler

(Uraufführung 21. Juni 1932)

Zur nachträglichen Arthur-Schnitzler-Gedächtnisfeier hat das Badische Landestheater drei Einakter aus verschiedensten früheren und späteren Werken hervorgeholt und mit diesem Büchlein ein immerhin recht eindrucksvolles Bild von dem im vergangenen Jahr verstorbenen österreichischen Literaten seinen Besuchern vermittelt. Mit vielen Gründen könnte man feststellen, daß es nicht mehr die Sprache redet, die unsre Zeit eigentlich verlangt. Aber Schnitzler hat ja schon zu Lebzeiten kaum je seinen Zuhörern wirklich bittere Arzneien verabfolgt, eher unterhaltend als gründlich ging sein Bestreben meist dahin, irgendeinen Wiener Spezialfall in einem geeigneten Bühnenparfum abzuwandeln. Das war so im „Anatol-Hyllus“, dann in der pitanten, aber höchstens bei dem einen oder anderen Witz ein bißchen indiskrete „Diebelei“, und ein Casuar, der lieber den Reuten die Stirne glättete und doch ihnen ein leichtes Gähnen dann und wann nicht zu wehren vermochte, blieb er selbst in jenen melancholischen Balladen, die wie sein „Professor Vernhardt“ den Arztstand z. B. scharf geißeln sollten.

Schnitzler zählt auch nicht zu den von der ganzen europäischen Kulturkritik beschwerten Dichtern, von denen gerade heute einer seiner Zeitgenossen (Johannes Schlaf) seinen 70. Geburtstag feiert. Schon in der Vorkriegszeit ist ihm etwa Hermann Bahr viel näher gestanden wie Franz Wedekind, zu dem hin doch die erotische Szenenfolge „Reigen“ auch auf eine Parallele deutet. Aber gerade hier erkennt man einen gewaltigen Unterschied. Während Wedekind aus seiner grenzenlosen Spottsucht und Weltverachtung kein Hehl macht und deshalb im Grunde moralisch wirkt, richt sich Schnitzler bei der Schilderung seiner illegalen Wienerlei gar nicht besonders auf, er nimmt sie eben als ein menschlich Gegebenes und findet allenfalls in der Abschiedsstimmung, mit der fast jedes seiner Stücke endigt, noch einige über den jeweiligen privaten Gefühlswand hinausreichende Worte.

Mit dem Ruf und dem Recht auf Unsterblichkeit ist's also bei solchen Dichtern schlecht bestellt. Nicht einmal der Grotteske „Der grüne Kalabur“, die man uns zwar als Schnitzlers vielleicht stärkstes, padendstes und dauerhaftestes Werk ankündigt, kann man ohne weiteres ewigkeitswert zubilligen, trotz aller geistreichen Pointen, die diese Revolutionszene in einer Komödiantenreihe wenigstens für eine Stunde wieder einmal aktuell machen. Ihre Darstellung schien mir übrigens nicht überall die dem Original innewohnende feine Linie zwischen Scherz und Ernst zu wahren; sie überbetonte zuweilen auch die

Abrüstungsabstimmung Amerikas

Hoover verlangt Abrüstung um ein Drittel und Verbot der schweren Angriffswaffen

Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz in Genf ist Mittwoch nachmittag überraschend zusammengetreten, um den neuen amerikanischen Abrüstungsvorschlag entgegenzunehmen, der die Verabreichung aller Rüstungen in der Welt um etwa ein Drittel vorseht. In Washington erklärt man, die Vorschläge Hoovers stellten das Ergebnis langer Verhandlungen und Überlegungen dar und seien das, was in Genf erreicht werden könnte und müßte.

Der Inhalt der Vorschläge Hoovers, die von dem amerikanischen Delegierten Gibson vorgetragen wurde, ist sehr einfach und dem Massenverständnis angepaßt. Die Stunde habe geschlagen, von dem endlosen Redefreitag um Einzelheiten abzulassen und eine mutigere Methode für den Rüstungsabbau zu ergreifen. Dieser Weg führe einzig zu einer Überwindung der Wirtschaftskrise, erleichtere die finanziellen Lasten der Völker — in zehn Jahren um zehn Milliarden Dollar — und sei auf Grund einiger Grundprinzipien zu beschreiten. Dann werden die bekannten Prinzipien der amerikanischen Abrüstungshaltung aufgezählt und als praktisches Ergebnis daraus gefolgert, daß sämtliche Rüstungen um ein Drittel ihres heutigen Bestandes abgebaut werden sollen, wobei die Tanks, die schweren Geschütze, die Bombenflugzeuge sowie die Kriegsschiffe und chemischen Kriegsmittel ganz verboten werden sollen und den Festungen ausschließlich Verteidigungscharakter zugeschrieben wird.

Hoover hoffe, daß sein Vorschlag als ein Appell an die Völker aufgefaßt und zu einer allgemeinen gründlichen Prüfung des Abrüstungsproblems führen werde. Die Verwirklichung dieses Vorschlags würde auch jeder Nation die Möglichkeit großer Ersparnisse auf dem Gebiete der Land-, Luft- und Flottenrüstungen verschaffen. Es sei ein Wahnsinn, wollten die Völker sich weiter in militärischen Ausgaben erschöpfen. Amerika seinerseits sei bereit, große materielle Opfer in dieser Richtung zu bringen.

Die Erklärungen der anderen Staaten

Die Rede Gibsons wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Aussprache ergab sich jedoch, daß der Vorschlag Hoovers bei den Hauptrüstungsstaaten Europas aber wenig beifällig aufgenommen wurde. Der englische Außenminister verweist darauf, daß nicht einseitige Erklärungen eine Lösung herbeiführen könnten, sondern allgemeine Zusammenarbeit. Die englische Delegation behalte sich ihre endgültige Stellungnahme vor.

Paul-Honcour als Vertreter Frankreichs sieht in der Vorschläge Hoovers nur ein Zeichen der Ungebuld Amerikas. Frankreich halte an seiner bisherigen Auffassung in der Frage der Sicherheit fest. Frankreich sei bereit, den Vorschlag zu prüfen, aber unter dem Vorbehalt, daß auch seine Vorschläge diskutiert werden müßten. Eine schematische Rüstungsherabsetzung um ein Drittel würde zu Ungerechtigkeiten führen. Auch könne der Hooverplan nicht durchgeführt werden, ohne die Frage der Sanktionen mitzuerleben.

Der russische Vertreter begrüßte die Vorschläge, die vielfach mit den russischen übereinstimmen. Im übrigen kritisierte er scharf die Arbeiten der Konferenz, für deren Ausgang er jede Verantwortung ablehne.

Botschafter Nolobin gab seiner Befriedigung Ausdruck, die die Vorschläge für die deutsche Delegation ausgelöst hätten. Der Konferenz sei dadurch ein neuer Impuls gegeben, denn sie begünne Gefahr zu laufen, daß sie niemals zu grundsätzlichen Entscheidungen kommen werde. Hoffentlich würden die Arbeiten durch diese Vorschläge erleichtert. Der deutsche Delegierte brachte Bedenken dagegen zum Ausdruck, daß die Beschränkungen der Rüstungen das gegenwärtige Verhältnis zwischen dem Rüstungsstand der verschiedenen Länder nicht berühren sollten, er erinnerte an die besondere Lage, in der sich diejenigen Länder befinden, die schon abgerüstet haben. Die Vorschläge selbst erschienen der deutschen Delegation sehr gemäßig. Man müsse hoffen, daß man im Laufe der Verhandlungen noch zu viel entscheidenden Maßnahmen gelangen werde. Je gründlicher die Rüstungsbeschränkungen seien, um so leichter löse sich das Problem der Gleichberechtigung, deren Schaffung eine der

Bedeutung des Stückleins und zerdehnte es im Tempo so, daß dem Publikum das Interesse spurbar ausging. Ein weiches und schmachtendes Abschiedsgrüßchen wurde, ein amüsanter Werk, dem vor allem durch Alfons Koble mit meisterlicher Einfühlung in den seelischen Raum eines Halbkontinentmenschen und Kunsthalbmenschen ein wahrhaft echter Akzent gegeben wurde. Der erste Gang des Abends, das Puppenstück „Der tapfere Cassian“, gedieh über respektgebietenden Achtungsbeifall weit hinaus. So aus jedem Zusammenhang der übrigen „Marionetten“, denen es zugehört, herausgerissen, wird es nie unmittelbar ansprechen können, ganz abgesehen davon, daß es auch sonst in seiner müden Laßigkeit reichlich antiquiert an unser Ohr klingt.

Vom Moderatort, den es ausströmte, vermochte auch die an sich treffliche Wiedergabe mit Joachim Ernst, Elisabeth Verttram und Paul Hiert in den Hauptrollen nicht einen peinlichen Reiz wegzunehmen, aber das Publikum tat gut daran, sich dafür an hübsche Einzelheiten zu halten und diese zur gegebenen Zeit mit herzlichem Beifall zu lohnen. Was hier sehr verständlich war, störte jedoch erheblich während der „Großen Szene“, und veranlaßte vor dem Hauptdarsteller, den schon rühmend genannten Alfons Koble, seine famos angelegte Figur mitunter in einer Art zu laxieren, die ihm persönlich wohl noch stärkeren Erfolg garantierte, aber inhaltlich unbedeutend schien. Auch ging das auf Kosten seiner Mitspieler, weil sie sich — sowohl Lola Erwig wie Ulrich von der Trend und Willi Jant — nicht so schnell irritieren ließen und die offenbar auch vom Regisseur Felix Baumbach beabsichtigte Dezent des Ganzen wohlwollender wahrten. Im „Grünen Kalabur“, der danach so ziemlich die gesamte Schauspielgarde beschäftigte, beherrschte vor allem Ulrich von der Trend als ehemaliger Theaterdirektor und Wirt Prosopete die Situation. S. Sch.

Waldhauer Karl Maximilian Württemberg wird am 24. Juni 60 Jahre alt. Von Hans Thoma, der früh seine Begabung erkannte und hochschätzte, im Jahre 1904 an die Majolika-Manufaktur berufen, hat Württemberg während einer Reihe von Jahren seine bekanntesten volkstümlichen Gestalten geschaffen, die zum Besten gehören, was in dieser Art aus der Manufaktur hervorgegangen ist, und die von dort aus als gefalteter Schmutz in manchen Bürgerhaus eingezogen sind. Obgleich der treffliche Künstler zeitweilig durch Krankheit verhindert war, sein Talent voll auszunutzen, so ist ihm doch seine reiche Gestaltungskraft erhalten geblieben — wir erinnern nur an seine großausgefähte Wüste in der Selbstbildnisausstellung in der Kunsthalle 1929 — und so kann Württemberg heute auf ein fastliches künstlerisches Lebenswerk zurückblicken, zu dem wir ihm an diesem Tage besonders gratulieren.

wesentlichen Bedingungen für den Erfolg der Konferenz sei. Im weiteren Verlauf der Diskussion ergreifen noch die Vertreter Italiens, Japans und Spaniens das Wort.

Washington zum Vorschlag Hoovers

Washington, 28. Juni. (Neuer-Tel.) Wie hier erklärt wird, hat Präsident Hoover den Vorschlag selbst entworfen. Es verlangt, die Vereinigten Staaten würden, falls der Vorschlag abgelehnt werde, gegen eine Vertagung keinen Widerstand leisten, die natürlich nicht eine Vertagung auf unbestimmte Zeit sein dürfte. Die diplomatischen Kreise neigen zu der Annahme, daß der Vorschlag Hoovers ein Mittel sei, die Vereinigten Staaten für den Fall einer Ablehnung und eines Mißerfolgs der Konferenz von jeder Verantwortung zu befreien.

Der Konflikt zwischen Reich und Ländern

Noch kein Ergebnis der Berliner Konferenz

Im Reichsministerium des Innern in Berlin trat Mittwochvormittag elf Uhr, wie schon gemeldet, die angekündigte Konferenz der Innenminister unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, Herrn v. Gayl, zusammen. Aber ihren Verlauf wird mitgeteilt:

Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnungsstellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt.

Weiter wird aus Berlin gemeldet, daß die „kürzeste Frist“, in der die noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder nach der amtlichen Mitteilung die Bekanntgabe ihrer Stellungnahme zugesagt haben, sich auf etwa zwei bis drei Tage belaufen wird. Die Entscheidung in der ganzen Angelegenheit sei somit für Ende der Woche zu erwarten.

Die Vertreter der Länder sind über den Standpunkt der Reichsregierung unterrichtet worden. Es kommt nun darauf an, wie sich die Länderregierungen dazu einstellen, und zwar handelt es sich naturgemäß in erster Linie um Bayern und Baden. Für die Entscheidung der beiden Länder, auf die es im wesentlichen ankommt, sind zwei Möglichkeiten gegeben, nämlich einmal die Aufhebung oder wenigstens fürzere Befristung des Uniformverbots, zum anderen die Mitteilung an die Reichsregierung, daß die besonderen Verhältnisse in Süddeutschland eine Änderung des bisherigen Standpunktes leider nicht ermöglichen. Nach der Stimmung bei den beiden Ländern betrachtet man in politischen Kreisen die letzte Antwort als die wahrscheinlichste. Würde eine Neuverordnung des Reichspräsidenten erscheinen, durch die die ganze Frage von reichsmengen geregelt würde, dann würden offensichtlich die beiden süddeutschen Länder darauf mit der Anrufung des Staatsgerichtshofes antworten. Diesem Schritt käme aber keine ausschließende Wirkung zu.

Die Aussprache, die etwa 5 Stunden dauerte, war freimütig und offen und dürfte in diesem Sinne besonders von bayerischer Seite gehandhabt worden sein, dessen Vertreter sich wohl auch besonders deutlich gegen jede Anzeigung der bayerischen Reichstreue gewandt hat. Als erster sprach Minister Sebering für Preußen als das größte Land.

Aber den Verlauf der Konferenz wird von anderer Seite berichtet, daß sich mit Ausnahme der nationalsozialistischen Innenminister von Anhalt, Oldenburg und Braunschweig, sämtliche Ländervertreter übereinstimmend gegen die Aufhebung des Uniformverbots gewandt haben, wobei die Auffassung ausgesprochen wurde, daß es im Interesse der Staatsautorität am meisten erwünscht sei, wenn nur die Angehörigen der staatlichen Macht einheitlich auftreten.

Die Innenminister Badens und Bayerns haben in aller Ausführlichkeit die Gründe dargelegt, die sie zum Erlaß eigener Uniformverbote veranlaßt haben. Dabei spielt bei Baden die Tatsache eine besondere Rolle, daß seine Lage in der entmilitarisierten Zone ganz besondere Verhältnisse geschaffen hat. Die Vertreter der badischen und bayerischen Regierung haben dabei zum Ausdruck gebracht, daß ihre Ministerien es mit ihrer verfassungsmäßigen Pflicht nicht vereinbaren könnten, sich den Auffassungen der Reichsregierung zu fügen.

Bayerns Standpunkt auf der Innenministerkonferenz

München, 28. Juni. (Priv.-Tel.) Wie die „Münchenener Nachrichten“ zu berichten wissen, soll Staatsminister Stübel auf der gestrigen Konferenz der Innenminister in Berlin eine sehr eingehende Begründung des erlassenen Uniformverbots gegeben haben. Das Verbot gehe nicht lediglich auf die Vorfälle im Bayerischen Landtag zurück; vielmehr habe die bayerische Regierung nationalsozialistisches Material in Händen, das der Konferenz mitgeteilt worden sei und aus dem die staatsgefährlichen Ziele geplanter Demonstrationen eindeutig hervorgehen. Wie das Blatt weiter hören will, soll bis Freitagabend die Antwort der Länder im Reichsinnenministerium erwartet werden.

Zum Ergebnis der Berliner Innenministerkonferenz bemerkt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz u. a.: Die Reichsregierung scheint genehmigt zu sein, mit Hilfe des Artikels 48 sich ein Reichsrecht zu schaffen, das das Landesrecht außer Kraft setzt. Man müsse sich nach dem Ergebnis der Länderkonferenz auf einen schweren Eingriff der Reichsregierung in die Länderrechte gefaßt machen. Damit übernehme die Reichsregierung eine Verantwortung für die Weiterentwicklung der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland, die ihr voraussichtlich keinen Ruhmesstiel in der deutschen Geschichte einbringen werde. Es sei selbstverständlich, daß eine bayerische Regierung nicht in der Lage sei, den politischen Auffassungen der Reichsregierung entgegenzukommen.

Neues Demonstrationsverbot in Hessen

Der heftige Innenminister hat wegen der in den letzten Tagen in Mainz, Worms und anderen Städten Hessens erfolgten politischen Ausbreitungen unter dem 20. Juni auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung mit sofortiger Wirkung im gesamten Gebiet des Volksstaates Hessen bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel, Demonstrationen, Aufzüge, Durchmärsche und sämtliche Transporte aller Art, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen oder zu politischen Zwecken unternommen werden, verboten.

Forderungen des Zentrums

Für Einberufung des Überwachungsausschusses

Die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei beschloß die baldige Einberufung des Überwachungsausschusses des Reichstags zu fordern. Der Ausschuß soll mit folgender Tagesordnung einberufen werden: 1. Stellungnahme zu der Notverordnung der Reichsregierung vom 14. Juni; 2. Vorschlag an die Reichsregierung zur Sicherung der Wahlfreiheit. Gleichzeitig beantragt die Zentrumstfraktion die für diese Frage zuständigen Reichsminister zu den Verhandlungen dieses Ausschusses einzuladen.

Die Fraktion hat ferner einstimmig eine längere Entschärfung angenommen, in der sie zunächst „auf das Schärfste gegen die durch die Maßnahmen des Kabinetts v. Papen hervorgerufene Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und gegen die Eröffnung einer neuen Welle von Gewalttätigkeiten von links und rechts protestiert“.

Am Schluß der Entschärfung heißt es: „Um schwerste Gefahren für die Nation zu verhüten, erwartet die Zentrumstfraktion gemäß der Anündigung des Herrn Reichspräsidenten unverzügliches und wirksames Einschreiten der Reichsregierung im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Die friedliebende Bevölkerung verlangt, daß der beginnende Wahlkampf frei von gewalttätigen Beeinflussungen vor sich gehen kann, und daß die politischen Maßregeln der Länder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung seitens der Reichsregierung keine Vereinträchtigung erfahren.“

Reichshaushaltsplan

und Arbeitsbeschaffung

Das neue Arbeitsbeschaffungsprogramm

Nach Mitteilungen aus Berlin sind im Reichshaushaltsplan für das Jahr 1932 vorgesehen für landwirtschaftliche Siedlungen 50 Millionen, für freiwilligen Arbeitsdienst 40 Millionen und für die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten rund 50 Millionen.

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 sieht ferner für Straßenbau 60 Millionen, für den Ausbau von Wasserstraßen 50 Millionen, für Meliorationen 25 Millionen vor. Weiter ist von der Reichsregierung eine Bürgschaft übernommen worden, durch die 100 Millionen für Hausreparaturen und Leitung von Großwohnungen verfügbar sind.

In das kommende Etatjahr fallen ferner Zahlungen für den ersten Bauabschnitt der vorstädtischen Kleinwohnung, der insgesamt 48 Millionen erfordert. Für den zweiten Bauabschnitt der vorstädtischen Kleinwohnung ist ein Betrag von etwa 25 Millionen Reichsmark in Aussicht genommen.

Die Hauptpunkte des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms sollen erst beschloßen werden, wenn der Reichszentralrat, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister, die für diese Frage zuständig sind, aus Karlsruhe zurückgekehrt sind.

Die preussische Annexion

Vorentscheidung im Staatsrat

BR. Berlin, 23. Juni. (Priv. Tel.) Während die endgültige Fassung der politischen Annexion für Preußen erst in der morgigen Plenarsitzung des Preussischen Landtags zur Entscheidung steht und der Staatsrat als letzte Instanz daher erst in der nächsten Woche beschloßen könnte, wird der preussische Staatsrat sich bereits in seiner Plenarsitzung heute nachmittags grundsätzlich zu der Frage der politischen Annexion äußern müssen.

In dieser Sitzung steht als erster Punkt auf der Tagesordnung die Frage, ob der Staatsrat sein Einspruchsrecht gegen den Annexionentwurf ausüben soll, den der Landtag in der vorigen Woche auf sozialdemokratische Initiative hin annahm, nachdem damals die umfangreiche politische Annexion durch ein technisches Versehen der Rechtsparteien und Kommunisten gescheitert war. Man vermutet, daß der Staatsrat gegen die sozialdemokratische Annexionseinfassung keinen Einspruch erheben werde, da es sich hier nicht um die Annexionierung schwerer Gebiete handelt. Sollte der Staatsrat aber in der nächsten Woche gegen den neuen umfangreichen Annexionentwurf von Rechtsparteien und Kommunisten Einspruch erheben, dann könnte dieser Entwurf nur endgültig in Kraft treten, wenn am Landtag der Einspruch des Staatsrates durch eine Zweidrittelmehrheit unwirksam gemacht würde.

Präsidentenwahl im preussischen Landtag

Der Preussische Landtag wählte am Mittwoch zum endgültigen Landtagspräsidenten den nationalsozialistischen Abgeordneten Kerl. 1. Vizepräsident wurde der Abg. von Kries (DntL), 2. Vizepräsident Abg. Baumhoff und 3. Vizepräsident wieder ein Nationalsozialist, der Abg. Gaeke. Bei dieser Zusammenfassung des Präsidiums will sich das Zentrum noch schlüssig werden, ob es ihren Abg. Baumhoff im Präsidium beläßt. — Kerl (N.Z.) erhielt 197 Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, bei 84 Stimmenhaltungen des Zentrums. Außerdem erhielten Abg. Kasper (K.) 53, Abg. Wittmaack (S.) 91 Stimmen.

BR. Berlin, 23. Juni. (Priv. Tel.) Die Zentrumstfraktion des Preussischen Landtags beschäftigte sich in ihrer Sitzung heute vor allem auch mit der Frage, ob es zweckmäßig sei, daß der gestern zum 2. Vizepräsidenten des Landtags gewählte Abg. Baumhoff (Ztr.) die Wahl annehme, nachdem das Präsidium entgegen dem parlamentarischen Brauch im übrigen aus zwei Nationalsozialisten und zwei Deutschnationalen unter Ausschließung der zweitstärksten Fraktion, der Sozialdemokraten, gebildet ist. Die Fraktion empfahl, den Abg. Baumhoff, der sich seine Entscheidung vorbehalten hatte, die Wahl dennoch anzunehmen.

Die Schuldenlast der Donaufstaaten

Man macht sich vielfach über den Umfang der Verschuldung der Donaufstaaten einen falschen Begriff. Ohne die Tschechoslowakei hatten die Länder Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien zu Beginn des Jahres 1932 eine Kriegsschuldenlast von 2,6 Milliarden Reichsmark. An das Ausland schulden die genannten Staaten 4,2 Milliarden. Allein in der Nachkriegszeit sind 3,1 Milliarden Reichsmark an Krediten in den Donauraum aus dem Ausland für wirtschaftliche Zwecke geflossen. Nicht Frankreich mit 468 Millionen Reichsmark ist nun etwa der größte Gläubiger dieser Länder, sondern England, das 1,3 Milliarden Reichsmark zu fordern hat, und nach ihm die Vereinigten Staaten mit 817 Millionen. An einem Zusammenbruch der Donaufstaaten wären also zunächst England und die Vereinigten Staaten die Hauptleidtragenden, deswegen aber auch ihr Widerstand gegen eine politische Lösung der Hilfsaktion, die keine Gewähr für eine wirkliche Hilfe und Dauer bringt.

Die Stadt Cuernavaca an der Südküste von Mexiko ist am Mittwoch von einem Erdbeben und einer Sturmflut heimgeführt worden. Ein großer Teil der Stadt wurde zerstört. Auch die Städte Manzanillo und Colima wurden schwer heimgeführt.

Badischer Teil

Verbotene Geldsammlungen von Haus zu Haus

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß Straßen- und Hausaufforderungen, auch wenn sie der Stärkung von Parteikassen dienen sollen, einer polizeilichen Genehmigung bedürfen. Der Minister des Innern wird die Genehmigung zu solchen Haus- oder Straßensammlungen grundsätzlich nicht erteilen. Gleichwohl erfolgende Sammlungen sind nach § 62 des Bad. Pol. Str. G. strafbar; das unbefugte Gesammelte unterliegt der Einziehung. Die Polizeibehörden sind angewiesen, unerlaubte Sammlungen mit Nachdruck zu bekämpfen.

Die Wehr- und Kraftwerksbauten bei Rembs

Beginn der Stauarbeiten

Die Wehrbauten im Rhein bei Rembs haben in den letzten Wochen solche Fortschritte gemacht, daß nunmehr in der übernächsten Woche mit dem Teilstau begonnen wird. Der Rhein wird bekanntlich einstmals auf 7,5 Meter gestaut, um dann später bis auf 12 Meter hinaufzugehen. Der Teilstau wird auch ergeben, ob die anderen, durch den Stau bedingten Anlagen richtig funktionieren. Welche technischen und baulichen Neuanlagen auf der Badler Seite hierfür notwendig werden, erörtere vor einigen Tagen die „Nationalzeitung“ in interessanten Abteilungen und Darstellungen.

Auf der badischen Rheinseite sind diese Arbeiten ständig das Ziel zahlreicher Interessenten und Schaulustiger. Beim Transformatorenwert am Palmrain ist man gezwungen, mit der Ausschachtung bis auf 12 bis 14 Meter Tiefe zu gehen. Die Ausschachtungsarbeiten werden durch Vagger durchgeführt. Ein Einrutschen muß durch starke Sperren der beiderseitigen Grabenwände verhindert werden. Die Kanalisationsröhren werden am Boden des Schlachtes betoniert und beiderseits mit Betonwänden versehen, um spätere Verlagerungen zu verhindern. Etwa 500 Meter unterhalb der Eisenbahnbrücke geht die Kanalisation in einen tiefen Ablaufgraben über, der unterhalb des Rheinlaufes wieder in den Rhein mündet. Bei Friedlingen ist man bei den Ausschachtungsarbeiten in 3 bis 4 Meter Tiefe auf Überreste der früheren Befestigungsanlagen gestoßen, deren Mauerwerk gesprengt werden mußte. Die Eisenbohlen, die von den Schanzanlagen noch im Boden stecken, waren steinhart und mit dem Mauerwerk so verwachsen, daß sie nur durch Sprengen zu beseitigen waren.

Auf dem Bodensee keine Kilometerbefehle fundern Sahrhein- und Rundreisebefehle

In letzter Zeit wurde in der Presse vielfach die Nachricht verbreitet, daß die Reichsbahndirektionen Karlsruhe und Stuttgart beabsichtigen, in aller nächster Zeit das Kilometerbefehl auf dem Bodensee wieder auszugeben. Dies trifft nicht zu. Es sind jedoch im vorigen Jahr Fahrkartebefehle eingeführt worden, die auf einer ähnlichen Grundlage wie die früheren Bodensee-Kilometerabonnements erstellt sind. Sie werden an Jedermann ausgegeben und gelten, vom Tag der Ausgabe an gerechnet, 3 Monate zwischen allen Landesstellen des Ober- und Aberteilverkehrs für den Besizer und für seine mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen und Hausangehörigen. Ein Fahrkartebefehl mit 60 Abschnitten im Einzelwert von 40 RM und im Gesamtwert von 24 RM kostet nur 18 RM (auf dem Untersee und Rhein mit Einzelwert 20 RM nur 9 RM) und gilt auf beliebigem Schiffsplatz. Dies entspricht einer 40prozentigen Ermäßigung für den 1. oder einer 50prozentigen Ermäßigung für den 2. Schiffsplatz. 3. B. zahlt eine erwachsene Person für einfache Fahrt Friedrichshafen—Sindau auf gewöhnliche Fahrtarten 1. Kl. 1,70 RM, 2. Kl. 1,40 RM, bei Fahrt auf Fahrkartebefehl jedoch nur 1,05 RM.

Ferner werden seit 1. Mai in Verbindung mit Bodensee-Freuden auf den Bahnhöfen Offenburg, Freiburg (Breisgau), Neustadt (Schwarzwald), Titisee und Willingen (Schwarzwald) feste Rundreisebefehle 2. und 3. Klasse mit 25 Prozent Ermäßigung und einer Geltungsdauer von 10 Tagen ausgegeben. Die Fahrt kann auf jedem Reichsbahnhof des Reisezuges angetreten und unterbrochen werden. Gil- und Schnellzüge können gegen Zahlung von Zuschlag benutzt werden. Außer diesen Rundreisebefehlen bestehen für den Bodenseebereich mit anschließenden Bahnstrecken noch eine große Anzahl Rundreisekarten.

Aus der badischen Industrie

Bergwerk in Betrieb genommen. Das Bergwerk in Zahl bei Lohndau ist seit Wochen wieder in Betrieb. Eine Thüringer Firma hat den Betrieb übernommen und will die Gewinnung von Quarz und Flußspat im großen betreiben. Gegenwärtig sind etwa 20 Arbeiter beschäftigt.

Abkürzter Abbau der Mannheimer Theaterpreise. Das Mannheimer Nationaltheater beginnt seine Werbung in der nächsten Spielzeit mit einer geradezu revolutionären Maßnahme, die überall an den deutschen Bühnen Aufsehen erregen wird: mit einem radikalen Preisabbau. Der Stadttrat hat in seiner Sitzung am 16. Juni beschloßen, die Einheitspreise des Nationaltheaters von Beginn der kommenden Spielzeit an auf eine völlig neue Basis zu stellen. Die Tagespreise bewegen sich künftig, in Oper und Schauspiel, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zwischen 50 Pf. und 4,50 RM, die Miete für 30 Vorstellungen zwischen 50 und 100 RM. Das bedeutet eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Preispolitik, eine Umstellung des Nationaltheaters zum Volkstheater, auch in dieser schwierigen Zeit. Das Nationaltheater eröffnet am Sonntag, den 28. Juni, in der Stadt. Kunsthalle eine Verbessehung „Zwei Jahre Arbeit des Nationaltheaters“. Die Ausstellung wird während der Monate Juli und August ebenfalls geöffnet bleiben. Die Preisfindung hat sich sofort günstig ausgewirkt. In den beiden ersten Tagen wurden bereits 200 neue Mieten abgeschlossen.

Die Kreispflegeanstalt Gub. Die Kreispflegeanstalt Gub., die bekanntlich den Kreisen Karlsruhe und Baden gehört, hat in der heutigen Kreisversammlung von allen Seiten rückhaltlos Anerkennung gefunden. In der Bevölkerung herrscht da und dort gegen die Anstalt ein gänzlich unbedingtes Vorurteil; denn die Anstalt wird voll des Lobes für die dort gewährte Unterkunft und Verpflegung, wie auch für die Behandlung seitens des Anstaltspersonals einschließlich der Direktion. Der Kreisvorsitzende, Oberlandesgerichtsrat i. R. Stritt, hat sich um die Anstalt besondere Verdienste erworben, die ihm in der Kreisversammlung aufrichtig und dankbar wurden. Der Vorschlag der Kreispflegeanstalt wurde einstimmig genehmigt.

Tagungen

Der organisierte Milchhandel zum Milchgeseh. Der Landesverband der Milchhändlergenossenschaften und -vereine Badens (Sitz Karlsruhe) hielt in Mannheim seine Landestagung ab. In eingehender Aussprache wurde zum Milchgeseh Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß das Geseh für den Milchhandel recht große Belastungen bringe. Man veranschaulichte sich nicht den Erfordernissen einer einwandfreien Milchverpackung, verlange aber, daß der sogenannte wilde Handel ebenfalls den Bedingungen des Milchgesehs unterworfen wird. Ferner wüßte der organisierte Milchhandel die Handhabung der Konzeptionsbestimmungen im Sinne der Schaffung eines leistungsfähigen Milchspezialhandels. Im übrigen kam zum Ausdruck, daß sich die Lage infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse immer trostloser gestaltet. Zum Verbandsvorsitzenden wurde einstimmig Haffinger, Karlsruhe, wiedergewählt, zu dessen Stellvertreter Wed, Mannheim.

Tagung der badischen Sozialbeamtinnen. Die Landesgruppe Baden des Deutschen Verbandes der Sozialbeamtinnen hielt kürzlich in Baden-Baden ihre von rund hundert Teilnehmerinnen besuchte Landestagung ab. Nach der Begrüßungsansprache von Frau Krausmann behandelte Frau Dr. Marie Baum die großen Ziele und den staatspolitischen Sinn sozialer Arbeit und Fürsorge. In der Wohlfahrtspflege bedürfte es, um den Menschen wirklich helfen zu können, weitgehend innerer Einstellung und persönlicher Eingehens auf die Not des einzelnen. Diese individuelle Behandlung müsse jeder Fürsorgerin als höchstes Ziel voranschweben. In der anschließenden Diskussion durch Vertreterinnen vier verschiedener Arbeitsgebiete wurde der einheitliche Wille betont, die Arbeit der „Menschenpflege“ in den Mittelpunkt jeder fürsorgerischen Tätigkeit zu stellen, auf dem Arbeitsamt sowohl wie im Dienste der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege. Die Beherrschung dieser Aufgabe verlange neben wahrer Herzergiebigkeit viel Wissen und Können, auf Grund langjähriger Ausbildung und reicher Lebenserfahrung.

Aus der Landeshauptstadt

Die Sommeroperette 1932 beginnt!

Das Bad. Landestheater unternimmt auch in diesem Jahr wieder die Sommeroperette in eigener Regie, nachdem die Aufstellungen der letztjährigen Saison beim Publikum großen Beifall gefunden haben. Die Spielzeit beginnt am 2. Juli 1932. Für die Eröffnungsvorstellung ist die bekannte Operette „Frühlingsluft“ nach Motiven von Josef Strauß vorgesehen, der am 3. Juli die beliebte „Friederike“ von Lehár folgt.

Getreu dem Prinzip, dem Karlsruher Publikum in der Ferienzeit durch Unterhaltung mit leichter Kost im Kongertshaus eine Stätte der Erholung, der Entspannung, der Aufbebung zu bieten, hat die Generaldirektion ein besonders ausgewähltes Programm zusammengestellt. So ist weiter die Aufführung folgender Operetten geplant:

„Gräfin Mariza“, „Die Dollarprinzessin“, „Die Geisha“, „Weib im Burpur“, „Die Dubarry“, „Die Garbasfürstin“, „Das Weibchen vom Montmartre“, „Der Graf von Luxemburg“.

Das Programm wird getragen durch ein ausgezeichnetes Ensemble, auf dessen sorgfältige Zusammenstellung großer Wert gelegt wurde. Vor allem dürfte es begrüßt werden, daß der beliebte Tenorbuffo Leo Macher vom Stadttheater Lustig wieder in das Ensemble eintritt. Für die übrigen Sänger wurden engagiert: Egid Toriff (1. Tenor) vom Neuen Operettentheater in Wien, Jda Bauer (1. Soubrette), Alfred Piermont (2. Tenor), beide vom Stadttheater Widadau, Abde Oberl (1. Soubrette) vom Stadttheater Innsbruck, Eva Schwarz (2. Soubrette) vom Stadttheater Karlsruhe; ferner der Komiker Otto Schniger, der von der letzten Spielzeit wohl noch in guter Erinnerung steht. Als Regisseur wird wieder der Operettenspezialist Emil Reihner vom Stadttheater Widadau tätig sein, der im vergangenen Jahre glänzende Erfolge aufzuweisen hatte. Vom Landestheater selbst wirken mit: Karlheinz Böser, Karl Meiner, Heinrich Kuhne, die bereits im Ensemble der Operette 1931 beschäftigt waren und sich dort größter Beliebtheit erfreuten. Neu hinzu kommt Vera Kräger als komische Alte, ein aufstrebendes Talent auf diesem Gebiet. Oberregisseur ist Viktor Ruscha. Das Ausstattungswesen liegt in den Händen von Horst Oest. Das Orchester, das sich aus Mitgliedern des Landestheaterorchesters zusammensetzt und im Interesse der Klangwirkung verstärkt wurde, steht wieder unter der Stabführung von Kapellmeister Bruno Pilzer vom Stadttheater Münster. Chor und Ballett sind ebenfalls Angehörige des Bad. Landestheaters.

Die Eintrittspreise sind den Verhältnissen entsprechend gegenüber dem letzten Jahr bedeutend herabgesetzt, so daß jeder sich den Besuch leisten kann. Im übrigen wird auf die Anzeige im Inzeratenteil verwiesen.

Vom Evangelischen Presseverband. Die Geschäftsführung des Evangelischen Presseverbandes für Baden ist Herr W. Wolfinger übertragen worden, nachdem Herr Hindenlang zum 15. Juni die Schriftleitung niedergelegt hat.

Über Streikausbreitungen teilt der Polizeibericht mit: Im Laufe des am 21. Juni 1932 von kommunistischer Seite inszenierten Möbelpaderstreiks kam es gestern an verschiedenen Stellen der Stadt zu Reibereien und auch zu Tätlichkeiten, da eine Gruppe Streikender die Arbeitswilligen zu terrorisieren versuchte. Die Polizei nahm mehrere Terroristen fest, darunter ihren Anführer. Sie sehen ihrer Strafe entgegen. Außerdem hat die Polizei Maßnahmen getroffen, um weitere Ausbreitungen zu verhindern. Die Möbelpediteure werden in ihrem Interesse gebeten, die beabsichtigten Umzüge rechtzeitig dem Polizeipräsidium (Zimmer 48) fernmündlich mitzuteilen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Donnerstagmorgen: Das Wetter ist bei uns wie in ganz Mitteleuropa noch unbeständig und für die Jahreszeit kühl. Eine Besserung, die von einem aus Westen sich nähernden Hochdruckgebiet erwartet werden kann, wird nur langsam einsehen. — **Vorausage für Freitag:** Zeitweilig aufsteigend, aber noch unbeständig und zeitweilig Gewitterregen; Temperaturen wenig verändert.

Wasserstände: Waldshut 342 minus 1, Basel 148 minus 25, Schutterinsel 210 plus 8, Rheinweiler 117 plus 25, Rehl 860 plus 43, Magau 497 plus 23, Mannheim 359 plus 14, Camb über 200 Ztm.

Geschäftliches

Erfahrene Hausfrauen kochen guten Kaffee wirklich billig, weil sie Mühlen Brand, die gute Kaffeesorte, dazu verwenden. Selbst ein schwacher Kaffeeaufguss — bei dem man also an Bohnenkaffee, Malzkaffee oder Korntaffee gespart hat — bekommt durch Mühlen Brand einen vollen, köstlichen, herzhafte Geschmack und eine schöne, goldbraune Farbe. Soll der Kaffee billig sein — tue Mühlen Brand hinein!

Gemeinderundschau

Wahlvorbereitungen in Mannheim. In dem Mannheimer Wahlamt wird eifrig für die kommende Reichstagswahl gerüstet.

Der Mannheimer Kreisvoranschlag. Der neue Hauptvoranschlag des Kreises Mannheim schließt mit einem ungegedeckten Aufwand von 676 000 RM. ab.

Eine Kraichgau-Gemeinde schafft Neuland. In einem idyllischen Tal zwischen dem Kraichgau liegt das 1000jährige Destringen, eine Gemeinde, die namentlich in der Zigarrenindustrie von der Arbeitslosigkeit stark betroffen ist.

Der Bürgerausschuß Erdingen genehmigte den Um- und Erweiterungsbau des Städtischen Krankenhauses.

Die Finanzlage der Stadt Zell i. B. Den Mitgliedern des Bürgerausschusses Zell i. B. ist ein Voranschlagsentwurf zugestellt worden, aus dem sich ergibt, daß das Jahr 1932/33 einen Fortschrittsaufwand von 170 000 RM. erfordert.

Landessynodalwahl betr.

Die Wählerlisten liegen vom Samstag, den 25. Juni bis einschließlich Samstag, den 2. Juli 1932, auf dem Evang.-Gemeindeamt, Lammitstraße 23, auf und zwar werktags vormittags von 9-12 und nachmittags von 3-5 Uhr.

Karlsruhe, den 22. Juni 1932. R. 927

Der Evang.-prot. Kirchengemeinderat: Dr. Dölter.

Badisches Landes-Theater

Freitag, den 24. Juni 1932 C. 30. Sp.-Gem. 1401-1500

Der tapfere Cassian

Puppenpiel von Arthur Schnitzler Regie: Baumbach

Große Szene

Romanie v. Arthur Schnitzler Regie: Baumbach

Der grüne Kaktus

Prosa v. Arthur Schnitzler Regie: Baumbach

Mitwirkende: Bertram, Ermardt, Erwig, Rademacher, Seiling, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmecke, Herz, Hierl, Höder, Kienischer, Kühne, Luther, Mehnert, v. Müller, Brüder, Schulze, v. d. Trend, Rühr, G. Müller

E. 195. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen des Vereins Verberge zur Heimat in Karlsruhe, Adlerstraße 23, wurde nach erfolgter Bestätigung des angenommenen Vergleichs aufgehoben.

Die neue Fassung der Kraftfahrzeugverordnung mit Erläuterung der Änderungen

nebst Übergangsbestimmungen, Verweisungen und Sachverzeichnis von Dr. Fritz Oppenheimer, Rechtsanwalt, Karlsruhe. R. 11 Umfang etwa 96 Seiten. Broschiert etwa 2 RM

den. Für 1931/32 ergab sich ein Fehlbetrag von 60 000 RM., der bedingt wurde durch den Rückgang der Einnahmen aus Umlagen, Reichsüberweisungen, Holzverkauf usw.

Kurze Nachrichten aus Baden

ld. Mannheim, 23. Juni. Der zweigleisige Bahnbetrieb über die neue Rheinbrücke ist, wie vorgesehen, am Mittwoch früh eröffnet worden.

ld. Rastatt, 22. Juni. Die Aussichten für die diesjährige Obsterte sind nicht besonders gut zu nennen. Das Steinobst verspricht, von den Zweifeln abgesehen, zwar noch ziemlich gute Erträge, dagegen wird das Kernobst nur eine recht spärliche Ernte bringen.

ld. Freiburg, 22. Juni. Erzbischof Conrad hatte aus Anlaß seiner Inthronisation heute 200 weibliche und 300 männliche katholische Erwerbslose zu einem Essen eingeladen und auch eine namhafte Summe zugunsten bedürftiger Erwerbsloser gespendet.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

Table with columns: Ort, 23. Juni, 22. Juni. Rows: Amsterdam 100 G., Kopenhagen 100 Kr., Italien . . . 100 L., London . . . 1 Pf., New York . . . 1 D., Paris . . . 100 Fr., Schweiz . . . 100 Fr., Wien 100 Schilling, Prag . . . 100 Kr.

Baugeldzuteilung bei der Badischen Landesbausparkasse. Bei der am 20. Juni stattgefundenen 9. Baugeldzuteilung der Bad. Landesbausparkasse gelangten 107 000 RM. zur Verteilung.

Motoren-Werte Mannheim. Der Aufsichtsrat der Motoren-Werte Mannheim AG., vorm. Benz Abt. Stationärer Motorenbau in Mannheim, beschloß, der auf den 19. Juli einberufenen ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, das Aktienkapital im Verhältnis 3:1 von 5,4 auf 1,8 Mill. RM. zusammenzulegen.

Badische Affekuranz-Gesellschaft AG., Mannheim. Unter dem Vorsitz von Dr. Renel, Mannheim, fand am Mittwoch die Generalversammlung der Gesellschaft statt, in der 2935 Aktienvertreter waren.

Ermäßigung der Mineralölsteuer. Der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister haben durch Verordnung vom 14. Juni 1932 die Mineralölsteuer für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1932 auf 0,10 RM. für einen Doppelzentner festgesetzt.

Öffentl. Verbandssparkasse Radolfzell.

Bilanz auf 31. Dezember 1931. Vermögens: 1. Kassenbestand 5 351,14, 2. Guthaben bei Komm. Landesbanken, Postsparkass und Banken 308 490,26, 3. Wechsel 102 702,33, 4. Darlehen in laufender Rechnung an Private 1 177 770,80, 5. Wertpapiere 203 550,—, 6. Darlehen auf Hypotheken 3 418 980,96, 7. Darlehen an Gemeinden 495 633,52, 8. Darlehen auf Schuldscheine 455 711,53, 9. Girokonto-Überziehungen 1 474,80, 10. Aufwertungsforderungen 1 616 978,51, 11. Einwahlerückstände 144 896,39, 12. Grundstücke und Gebäude 1,—, 13. Gerätschaften 1,—, 7 931 542,29

Berechnung der Rücklage: Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: 5%, aus 7 561 013,17 RM. Einlagen = 378 050,65, Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 312 677,06, somit weniger 65 373,59, Radolfzell, den 6. Juni 1932.

Badisches Landestheater Sommer-Operette in Städtischen Konzerthaus Spielzeit: 2. Juli bis 9. September Eröffnungsvorstellungen: Samstag, 2. Juli, 20 Uhr Frühlingluft nach Motiven von Josef Strauß Sonntag, 8. Juli, 19.30 Uhr Siederette von Dehler Bedeutend herabgesetzte Eintrittspreise

Neubau der Pfingbrücke im Zuge der Landstraße Nr. 20 Göttingen-Forsheim bei km 14,416 Wir vergeben nach der Reichsverordnungsordnung im öffentlichen Wettbewerb folgende Arbeiten und Lieferungen: 1. Tragkonstruktion: Eisenbetonierter Balkenträger, Eisenwerk 17 t, 2. Beton = 70 cbm, 3. Dachdeckung: Erd- bewegung 1 600 cbm, 4. Straßengerüst: Erd- bewegung 1 200 cbm, 5. Gefälleeinlieferung: 170 cbm, 6. Raststeinpflaster: 100 cbm.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der am Donnerstag, den 14. Juli 1932, vormittags, 11.30 Uhr, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Durlach stattfindenden 46. ordentl. Generalversammlung eingeladen. Tagesordnung: 1. Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung und den Geschäftsberichten des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1931, 2. Beschlußfassung über die Gebarung des Grundkapitals im erleichterten Form durch Einziehung von 142 800 RM. eigene Aktien und über die Änderung des § 4 Abs. 1 der Statuten (Betrag und Einteilung des Grundkapitals) sowie über die Genehmigung der Bilanz und des Vorschlags der Verwaltung bezüglich des Jahresergebnisses, 3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats, 4. Beschlußfassung über die Wiederaufnahme der gemäß Artikel VIII der Aktiennotelle vom 19. IX. 1931 mit Ablauf der Generalversammlung außer Kraft tretenden §§ 14-17 der Statuten unter Abänderung des § 15 (Einberufung von Aufsichts-

Griekner-Kayser A.G., Durlach Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der am Donnerstag, den 14. Juli 1932, vormittags, 11.30 Uhr, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Durlach stattfindenden 46. ordentl. Generalversammlung eingeladen. Tagesordnung: 1. Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung und den Geschäftsberichten des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1931, 2. Beschlußfassung über die Gebarung des Grundkapitals im erleichterten Form durch Einziehung von 142 800 RM. eigene Aktien und über die Änderung des § 4 Abs. 1 der Statuten (Betrag und Einteilung des Grundkapitals) sowie über die Genehmigung der Bilanz und des Vorschlags der Verwaltung bezüglich des Jahresergebnisses, 3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats, 4. Beschlußfassung über die Wiederaufnahme der gemäß Artikel VIII der Aktiennotelle vom 19. IX. 1931 mit Ablauf der Generalversammlung außer Kraft tretenden §§ 14-17 der Statuten unter Abänderung des § 15 (Einberufung von Aufsichts-